

Notare

Der Preisüberwacher rügt zu hohe administrative Preise - z. B. der Berner Notare. 12

Preisüberwacher rügt Parlament und Kantone

Sonntagsreden der Politiker und Kantonsregierungen: Sie beklagen hohe Preise, leisten aber keine Abhilfe.

Andreas Valda

Seine Aufgabe ist das Kontrollieren administrierter Preise. Darunter fallen nicht nur Post-, Bahn- oder Stromtarife, sondern auch Notariatsgebühren. Letztere sind in gewissen Kantonen exorbitant hoch. Ein «gutes» Beispiel ist der Wohnsitzwechsel einer Firma als GmbH. Dazu braucht es eine Statutenänderung, worin etwa steht: Die Firma X hat ihren Sitz neu in Y. Eine solche Mutation muss beurkundet werden. Im Kanton Zürich kostet sie (einschliesslich der Mehrwertsteuer) rund 270 Franken. Im Kanton Bern zahlt eine Firma im Mittel 1400 Franken, mindestens aber 1190 Franken. Und im Kanton Waadt verlangt ein Notar für das gleiche Geschäft «2000 bis 2500

Franken», so ein Notar aus Aubonne. Seine Begründung: Man gebe dem Kunden eine viel umfassendere Beratung als in anderen Kantonen. Diese ist bei einer Domiziländerung allerdings irrelevant.

Achtfach höhere Tarife

Bereits 2007 hatte der Preisüberwacher bis zu achtfache Unterschiede festgestellt. Er forderte die Kantonsregierungen, insbesondere Genf, Waadt, Wallis, Tessin, Bern, Neuenburg, Aargau und Jura auf, ihre Tarife zu revidieren. Solche Unterschiede seien «schwer zu akzeptieren, umso mehr, da es sich einerseits um einen obligatorischen Konsum handelt und dem Klienten andererseits keine Wahl hinsichtlich Preis zusteht». Auffallend war: Kantone mit staatlichen Notaren wie Zürich, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden liefern die tiefsten Tarife, während Kantone mit gemischten oder privaten Notaren in Erklärungsnot sind. An seiner Jahrespressekonferenz beklagte der Preis-

überwacher Stefan Meierhans - sechs Jahre nach der ersten Intervention - Änderungen im Schneckentempo. Einige Kantone hätten die Tarife etwas gesenkt, zuletzt Neuenburg und Aargau. Es gebe aber Kantone, die auf die damalige Aufforderung hin nicht einmal geantwortet hätten.

Auf taube Ohren stosse er auch bei Stromnetzkosten, Flughafenengebühren, Zivilstandsgebühren, im Strassenverkehr und bei Medikamenten. «Landauf, landab ist es namentlich die Politik, die immer wieder und lautstark die Hochpreisinsel Schweiz beklagt und Abhilfe fordert. Ich stelle jedoch leider immer wieder fest, dass es dann bei konkreten Entscheidungen eben in eine andere - eine verteuernde - Richtung geht», sagte Meierhans. Fragwürdig sei etwa der Nationalrat, der bei Medikamentenpreisen der Pharmabranche den Rücken stärke, indem er sich für einen Wechselkurs von 1.40 Franken einsetze. «Das geht einfach nicht auf», sagte er.

Aus "Der Bund" vom 2. März 2013